

Energiepolitik verfehlt ihre Ziele

Energiesparen und Klimaschutz gehören zu den Dauerbrennern der Schweizer Politik. Eine Bilanz über die letzten vier Jahre zeigt: Die Gesetze und Vorsätze von Regierung und Parlament sind besser als die Ergebnisse.

HANSPETER GUGGENBÜHL

Energie- und Umweltpolitik sind eng miteinander verknüpft. Der Einsatz von fossiler Energie führt zum Ausstoss von CO₂. Die Anreicherung von CO₂ in der Atmosphäre fördert den Treibhauseffekt und damit den Klimawandel. Die hydraulische und nukleare Erzeugung von Elektrizität gräbt der Natur Wasser ab und hinterlässt radioaktiven Müll. Zudem ist Energie der wichtigste Treiber für Rohstoffverbrauch, Besiedlung und Verkehr. Der damit verbundene Raumverbrauch drängt die Natur zurück.

Aus all diesen Gründen trachtet die Schweizer Politik danach, den Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss zu begrenzen, nichterneuerbare durch erneuerbare Energieträger zu ersetzen und den Verkehr vermehrt von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Konkretisiert wurden diese Ziele unter anderem im CO₂-Gesetz, im Kyoto-Protokoll, im Programm «Energie Schweiz» und im Verkehrsverlagerungsgesetz.

Bisherige Ziele verfehlt

Die ablaufende Legislaturperiode 2007–2011 ist nahezu identisch mit der ersten Vollzugsperiode im Klimaschutz: Im Zeitraum 2008 bis 2012 muss die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss um durchschnittlich acht (Kyoto-Protokoll) respektive zehn Prozent (CO₂-Gesetz) unter das Niveau von 1990 senken. Die bisherigen Resultate zeigen, dass die Schweiz diese Ziele klar verfehlen wird; dies trotz Ausklammerung des Luftverkehrs und Kompensation von inländischem CO₂ durch ausländische Emissionszertifikate. So

produzierte die Schweiz in den Jahren 2008 bis 2010 im Durchschnitt immer noch gleich viel CO₂ wie 1990. Der Energieverbrauch insgesamt und der Stromverbrauch haben in den letzten zwei Jahrzehnten weiter zugenommen. Damit wurden die Ziele des Programms «Energie Schweiz» ebenfalls deutlich überschritten.

Auch die Verkehrsverlagerung hielt nicht, was das Gesetz versprach. So verlangte das Verkehrsverlagerungsgesetz (VVG), die

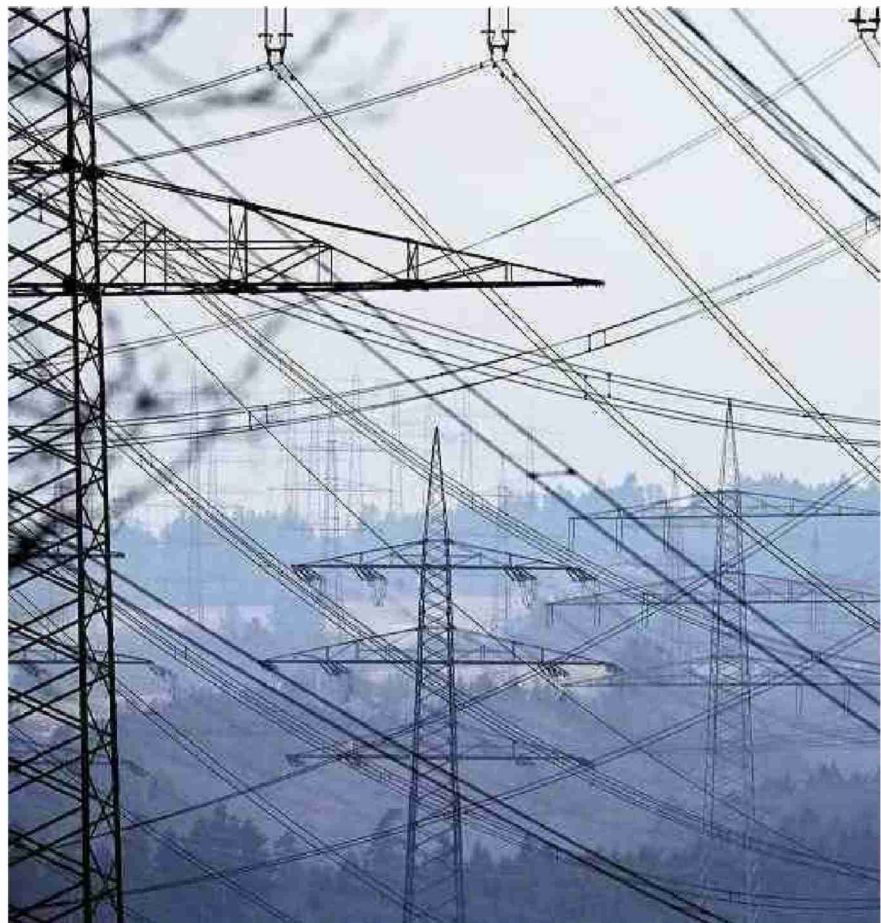
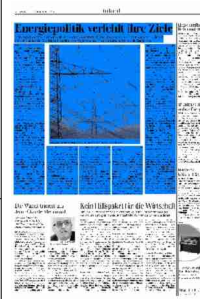


Bild: ky/Gaëtan Bally



Zahl der Lastwagenfahrten durch die Schweizer Alpen sei bis 2009 auf 650 000 zu begrenzen. Resultat: Im Jahr 2009 querten trotz Rezession nahezu 1,2 Millionen schwere Laster die Schweizer Alpen. Das war nur deshalb erlaubt, weil das Parlament das VVG 2008 aufgehoben und das Ziel von maximal 650 000 Lasterfahrten auf das Jahr 2019 verschoben hatte.

Mangelhafte Massnahmen

Vieles, was politisch getan oder unterlassen wird, wirkt sich erst langfristig aus. Darum darf man die Schuld an den verfehlten Zielen in den Bereichen Energie, Klima und Verkehr nicht allein der Politik in der laufenden Legislatur anlasten. Denn das CO₂- und das Verkehrsverlagerungsgesetz traten 1999 in Kraft. Schon früher wäre es damit möglich gewesen, CO₂-Abgaben, Energieverbrauchsvorschriften oder Kontingente im Verkehr einzuführen, um die Gesetze umzusetzen.

Doch im Konfliktfall waren die Anwälte der Umwelt meist schwächer als die Wirtschaftslobby: Unter dem Druck der Wirtschaftsverbände verhinderte die bürgerliche Mehrheit in Bundesrat und Parlament zielkonforme Massnahmen im Umweltbereich.

Äussere Einflüsse wie Kälteperioden, Wärmeperioden, Hochkonjunktur oder Rezessionen beeinflussten deshalb den Energieverbrauch weiterhin stärker als die Politik.

Massnahmen zum Energiesparen liessen sich meist nur durchsetzen, wenn interessierte Branchen mit Aufträgen oder Subventionen belohnt wurden. So bewilligte das Parlament staatlich subventionierte Gebäude-Sanierungsprogramme oder förderte erneuerbare Energie mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Lenkungsabgaben

oder griffige Vorschriften zur Senkung des Energieverbrauchs wurden jeweils nur von linksgrünen Minderheiten unterstützt.

Trotz Misserfolgen im bisherigen Vollzug setzten Bundesrat und Parlament ihren Nachfolgern neue energie- und klimapolitische Ziele. Zwei Beispiele:

- Im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes beschlossen National- und Ständerat, die Schweiz müsse ihre Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent unter das Niveau des Jahres 1990 vermindern. Damit übernahm das Parlament die Ziele der EU. Über die Massnahmen, die es braucht, um dieses Ziel zu erreichen, wird zwischen National- und Ständerat zurzeit noch gestritten; in der nächsten Woche beginnenden Herbstsession sollen die Differenzen bereinigt werden.
- Als Reaktion auf die Atomkatastrophe in Japan beschlossen Bundes- und Nationalrat, den Bau von neuen Atomkraftwerken (AKW) im Inland zu verbieten, die alten Atommeiler aber bis zum Ablauf ihrer Lebensdauer weiter laufen zu lassen. Bei einer angenommenen AKW-Lebensdauer von 50 Jahren müssten die Menschen in der Schweiz ab 2034 ihren Stromverbrauch also ohne Atomkraft decken. Die Umweltkommission des Ständerats will dieses Verbot nun auf Kernkraftwerke der heutigen Generationen beschränken. Die Bereinigung dieser Differenz steht noch aus. Relevanter als die Zielformulierung aber sind die Massnahmen, die Bundesrat und Parlament in den nächsten Legislaturperioden beschliessen, um den heutigen Anteil von 40 Prozent Atomstrom einzusparen oder zu ersetzen.

Vorsätze jetzt, Vollzug später

Der Rückblick zeigt: Die Schweizer Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik war und ist mit

guten Vorsätzen gepflastert. Ferne Ziele finden leichter eine Mehrheit als griffige Mittel, die hier und heute wirken. Grund: Viele energie- und umweltpolitische Anforderungen kollidieren mit den Interessen der Wirtschaft oder einzelnen Branchen. In diesem Konflikt, so zeigt das Abstimmungsverhalten, stehen die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP in der Regel der Wirtschaft näher, während SP, Grüne, Grünliberale und EVP die Energie- und Umweltpolitik stärker gewichten.